

# Sach-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Das „Sach-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post 1.00 Goldmark, durch Postgebühren vom Bezugsnehmer 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Pfennig Postgebühren. Einmaliger Postumschlag. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zellen berechnet, die Zeile 0.25 Goldmark.

# Reichspräsident Ebert gestorben.

### Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Staatssekretär a. D. Sewald.

Zum Leiter der Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, die am 1. März in Berlin begonnen, wurde der Staatssekretär a. D. Sewald ernannt.

Der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine hält am 1. und 2. März in Berlin eine außerordentliche Delegiertenversammlung ab.

Der „Votallanzeiger“ will wissen, daß der preussische Ministerpräsident Marx sich entschlossen habe, eine Neuwahl zum Ministerpräsidenten nur dann anzunehmen, wenn Gewißheit bestehe, daß diesmal das von ihm zu bildende Kabinett ein Vertrauensvotum erhalte. Da diese Frage bis zum nächsten Mittwoch aber kaum geklärt sein dürfte, treibe Marx eine Verschlebung des Wahltermins an. Eine Befähigung dieser Nachricht war bis jetzt nicht zu erlangen.

Im Bürgerbräuereier in München hielt Freitagabend Hitler seine erste öffentliche Versammlung seit November 1923 ab. Bei Besprechung der inneren Zustände im völkischen Lager erklärte er, es sei sein Ziel, als Führer die Auseinandersetzungen zusammenzuführen. Die Vertretung der Interessen der Bewegung solle man ihm überlassen. Reichstagsabgeordneter Dr. Friedl und Einwohnungsleiter Feder sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Dinter, Dr. Baitmann, Gieseler und der völkische Führer Eber Gelfenbinder führten durch Handhabe bedingungslos Treue.

Die am Tarif beteiligten Bergarbeiterverbände haben die Lohnordnung für die Ruhrbergbau Ende Februar zwecks Erhöhung der Löhne getündigt.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft unterzeichnete gestern die erste Anweisung über 100 Millionen Mark für den Reparationsanleihe. Der Gesamtbetrag wird am 1. März fällig.

Im Hauptausfluß des Preussischen Landtags wurde die Beratung der Anträge auf Aufhebung bzw. Aenderung der Preussischen Personalabgabenordnung fortgesetzt. Annahme fand der Antrag, sofort jedoch weiteren Ausbau einzuflechten. Anträgen wurde auch der Antrag, gleichzeitig mit der Aufhebung der Anleiheausgaben- und Beförderungspersone im Reich diese auch in Preußen aufzuheben.

Freitag nachmittags 4 Uhr kürzte die im Bau befindliche Gasfabrik in Saargruben ein. Eine Siebelmauer fiel zusammen und begrub die mit dem Bau der Gasmotoren beschäftigten zahlreichen Arbeiter unter sich. Bis um 7 Uhr abends waren 15 Verletzte nach dem Spital gebracht und sieben Tote unter den Trümmern herorgezogen worden.

Der russische Botschafter der „Morning Post“ meldet, Senator Borah werde Anfang März nach Europa kommen und in einer der europäischen Hauptstädte mit offiziellen Vertretern der Sowjetregierung zusammenzutreffen, um Verhandlungen über die Bedingungen einer „Geschäftsamerkennung“ der Sowjetregierung zu eröffnen.

Berlin, 28. Februar. Während im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends die Nachrichten über das Befinden des Reichspräsidenten erfreulich günstig lauteten, ist im Laufe der Nacht eine Verschlimmerung eingetreten, die das Ableben des Präsidenten höchst wahrscheinlich erwarten läßt. Heute morgen um 9 Uhr wurde folgender Krankheitsbericht offiziell bekanntgegeben:

Am 5 Uhr morgens machte die Bauchschwellung plötzlich Fortschritte. Der Kräftezustand nahm schnell ab, zuletzt schloß der Reichspräsident. Die Kräfte hatten seinen Zustand für hoffnungslos.

Gerüchte, die gestern abend verbreitet waren, nach denen eine neue Operation hätte vorgenommen werden müssen, haben sich nicht bestätigt; allerdings erklärte schon gestern abend der „Vorwärts“, daß nach ärztlicher Ansicht neue Komplikationen nicht ausgeschlossen seien.

Berlin, 28. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichspräsident ist heute Vormittag 10 Uhr 15 Min. lang entschlafen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

### Friedrich Ebert.

Deutschlands erster Republikpräsident ist Süddeutschlands Herr Ebert in Heidelberg im Alter von 67 Jahren gestorben. Am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren, war Friedrich Ebert als Sattler nach Bremen gekommen und dort Redakteur an der „Bürgerzeitung“ geworden. Er ist nicht lange bei der genannten Zeitung geblieben, sondern Verlagsleiter geworden, nachdem er zeitweilig eine Schankwirtschaft betrieb. Im Jahre 1900 bis 1906 hatte er aus der Politik zugewandert und einen Sitz in der Bürgerliste der Hansestadt. Da er es ernst nahm mit der Aufgabe einer solchen Vertrauensstellung, fand er in ihr sich mit der Zeit auf dem Boden einer vorläufigen Verbindlichkeit Rechnung tragenden Taktik juristisch, so daß auch politisch Andersdenkende den sachlichen Inhalt seiner rednerischen Ausführungen unbefangenen gewürdigt haben.

Dieser Vertreter Bremens machte der sozialdemokratischen Parteiung von 1906 zum Sekretär, nachdem er eine frühere Ägare der sozialdemokratischen Partei durch einen Angriff auf Bebel den Fingern der Bremer Arbeiterführer, dem er sein Mandat verbannte, heillos blödsinnig hatte. Als Singers Lade wurde Ebert, der seit 1912 auch im Reichstage als Abgeordneter für Ebert in diesem Reichstag die Regierungskommission des Reichstages leitete, als Mitglied für den Reichstag ernannt. Er leitete aber ab; vielmehr aus Respekt für den damals noch lebenden Bebel, den ersten Vorkämpfer, vielmehr, weil ihm Widerspruch und triftliche Anordnung unter diese Autorität im sozialistischen Lager gleich peinlich dünkte.

### Energische Note der Reichsregierung an den Völkerbund.

Die Reichsregierung hat, wie wir gestern kurz mitteilen, dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überliefert, in der sie gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet protestiert. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Wir schreiben vom 22. September 1924 haben Sie mit Rücksicht eines vom Rat des Völkerbundes am 19. September 1924 genehmigten Beschlusses über die französischen Truppen und die örtliche Gendarmerie im Saargebiet überliefert. In diesem Beschlusse ist die Regierungskommission des Völkerbundes ersucht worden, den Rat des Völkerbundes ergänzende Angaben über gewisse Punkte zu machen.

Der deutschen Regierung ist nicht bekannt, ob der Völkerbund insoweit die gewünschten Angaben erhalten hat. Sie kann nur feststellen, daß wiederum fünf Monate vergangen sind, ohne daß die Angelegenheit Fortschritte gemacht hätte.

Die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und der Errichtung einer örtlichen Gendarmerie zieht sich nunmehr seit fünf Jahren hin. Die deutsche Regierung hat in dieses Jahr ein Schreiben an den Völkerbund geschickt, dessen Inhalt bei der Rat des Völkerbundes damit befaßt. Dieser ist ein Drittel der für die Gesamtdauer des Sonderregimes für das Saargebiet vorgesehenen Zeit abgelaufen, und immer noch dauert ein Zustand an, den der Rat selbst am 13. Februar 1924 als „unannehmbar“ bezeichnet hat. Im Jahr 1924 hatte die deutsche Regierung erklärt, daß Hauptmangel dieses Zustandes liegt darin, daß sein Ende nicht abzusehen sei. Heute, fast ein

Nachdem auch Bebel abgeschrieben war (August 1913), nahm Ebert ein erneutes Angebot an und trat neben dem als Nachfolger Singers erstemrangigen Saale als Vorsitzender an die Spitze der damals noch ungeteilten Partei. Heute hat in der Kriegszeit bekanntlich nach einer kurzweiligen patriotischen Anwendung wieder nach der radikalen Seite hinübergewechselt und als Haupt der „Unabhängigen“ Fraktion seine politische Laufbahn abgeschlossen. Auf seine Führung gewann Ebert mit denjenigen bürgerlichen Gruppen, die dem Sozialismus nicht schroff ablehnend gegenüberstanden. Auf diesen Verbindungen beruhte seine Aufnahme ins Kabinett des Prinzen Max von Baden (Oktober 1918). Der Prinz betraute ihn dann auch am Abend der Zusammenkunft, brach mit seiner Nachfolge.

Aber es war zu spät geworden für eine Kanzlerhaft im Auftrage des legitimen Reichsoberhauptes. Ebert stellte sich mit seinem Kollegen Scheidemann an die Spitze der Republik. Ein Verdienst Eberts, die Wucht des Sturmes gemildert und einer allzu verheerenden Wut abgemindert zu haben, darf immerhin anerkannt werden.

Am 11. Februar 1919 erforderte die Nationalversammlung in Weimar Ebert vorläufig zum Reichspräsidenten; nach dem Zustandekommen der Nationalversammlung wurde ein „provisorisches Kabinett“ daraus, d. h. er wurde endlich verpflichtet, bis eine unmittelbare Volksabstimmung das höchste Amt der neuen Ordnung gemäß endgültig besetzt haben würde.

Man darf sagen, daß Ebert in den drei folgenden Jahren nach seinem Verzicht auf den Amtszug erfüllt, auch seine Person unter Beförderung auf das Repräsentativ zurückgestellt hat. Schon in dem Gepräge, das er auf einen parlamentarischen Abend mit Kaiser Wilhelm II. geführten nach dem Verzicht auf den Amtszug erfüllt, auch seine Person unter Beförderung auf das Repräsentativ zurückgestellt hat. Schon in dem Gepräge, das er auf einen parlamentarischen Abend mit Kaiser Wilhelm II. geführten nach dem Verzicht auf den Amtszug erfüllt, auch seine Person unter Beförderung auf das Repräsentativ zurückgestellt hat.

### Wird Deutschland zugezogen?

Aus Pariser Meldungen geht hervor, daß eine Initiative Deutschlands erwartet wird, indem auf dem Völkerbund das förmliche Ersuchen stellt, an der vorläufigen in Brüssel stattfindenden Konferenz der Alliierten, auf welcher über die Bekanntmachung des Berichts der Militärkontrollkommission eine Einigung erzielt werden soll, hinzugezogen zu werden.

### Notes Intrigenpiel.

Die Sozialdemokratie als landesverräterischen Wegen? Der Berliner Reichstagsabgeordnete der Sozialdemokratie Ernst Bode hat die deutsche Sozialdemokratie denkwürdig nach Paris entsandt, um Herrier oder von Bode zu überzeugen, daß die in seinem Blatt im Kabinett der Sozialdemokratie in der Reichstagsfrage verhandelt in dürfen, und daß man die Bildung einer republikanischen Regierung abwarten solle. Es wird hinzugefügt, daß der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten Ebert die ganze Nacht den Monarchisten in die Hände gespielt habe.

### Wirtschaftliche Einigung mit Frankreich.

Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist zu melden, daß durch die letzten Besprechungen tatsächlich ein wichtiger Abschnitt erreicht und eine Einigung über eine Verhandlungsbasis erzielt worden ist. Nächstabend hat sich mit der Amtsort der deutschen Delegation auf den letzten französischen Vorschlag einverstanden erklärt, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die deutsche Note letzter Regierung noch vorliegen müsse. Voraussichtlich wird am Sonnabend ein neues Protokoll zwischen den beiden Delegationen aufgestellt.

Nach einer kurzen Pause werden die materiellen Verhandlungen über die Einzelheiten des deutsch-französischen Vertrages am 16. März in Paris beginnen. Inzwischen werden von einigen Seiten die Verhandlungen über technische Einzelheiten fortgesetzt.

Berlin, 28. Februar. „Information“ veröffentlicht gestern abend Abmachungen der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegation. Danach bewilligt Deutschland für die Dauer des Handelsprovisoriums folgende Grundzüge:

- 1. Gleiche Bezeichnung für den größten Teil letzter Produkte mit Ausnahme einiger noch näher zu bestimmender Waren.
- 2. Herabsetzung der Einfuhrzölle für eine Anzahl von Erzeugnissen, die schon bestimmt sind, über die ein Einverständnis aber noch erzielt werden muß.
- 3. Vergünstigung für gewisse Kontingente auf einheimische Produkte.

Deutschland teilerweise erlaubt während der Dauer des Handelsprovisoriums für eine gewisse Anzahl seiner Produkte, die keine Ausfuhrinteressen, den Minimaltarif und für weitere, noch näher zu bestimmende Artikel einen Zwischenstarif.

Zu dieser Veröffentlichung ist zu bemerken, daß hinsichtlich nachfolgender Erzeugnisse für das Handelsprovisorium deutschseits teilerweise Beschränkungen gegeben werden außer der, über diese Frage nochmals zu verhandeln. Was das Definitivum betrifft, so ist lehnen der deutschen Delegation jedenfalls noch zugesagt worden, daß diese Frage später erörtert werden sollte. Im großen und ganzen dürfte das, was die „Information“ veröffentlicht hat, richtig sein, jedoch unterläßt das Blatt, noch einige weitere Abmachungen allgemeiner Art anzuführen, die nicht ohne Bedeutung sind.

Die deutsche Regierung kann sich nicht damit abfinden, daß die Regelung einer so wichtigen Frage Jahr für Jahr verdröhben wird. Sie hat einen Antrag darauf, daß die vertraglichen Bestimmungen über das Saargebiet ausgefüllt werden, und daß nicht in diesem Gebiet auf unbegrenzte Zeit vorübergehende Zustände herrschen. Der Text des Vertrages enthält, wie die deutsche Regierung der Ordnung im Saargebiet soll „nur“ durch eine örtliche Gendarmerie erfolgen. Diese Bestimmung läßt die jahrelange Anwesenheit französischer Truppen für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet verdröhben.

Genügt auf ihr klares Recht und auf eine fünfjährige Erfahrung muß daher die deutsche Regierung über weitere Beschleunigung dieser Frage mit allem Nachdruck widersprechen. Sie erwartet vom Völkerbund, daß er nunmehr endlich das Verlangen der deutschen Regierung und seinen eigenen früheren Beschlüssen Anerkennung verleiht.

### Wird Deutschland zugezogen?

Die Reichsregierung hat, wie wir gestern kurz mitteilen, dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überliefert, in der sie gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet protestiert. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Wir schreiben vom 22. September 1924 haben Sie mit Rücksicht eines vom Rat des Völkerbundes am 19. September 1924 genehmigten Beschlusses über die französischen Truppen und die örtliche Gendarmerie im Saargebiet überliefert. In diesem Beschlusse ist die Regierungskommission des Völkerbundes ersucht worden, den Rat des Völkerbundes ergänzende Angaben über gewisse Punkte zu machen.





# Neues vom Tage

## Das Urteil im Automobil-Verkehrsprozess

Nach mehrstündiger Beratung wurde am Donnerstag abends das Urteil des Schöffengerichtes Berlin-Südwest in dem Autoverkehrsprozess beim Reichsverkehrsamt gefällt. Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Verleugers der Beamtenbeziehung und der Untreue, sah dagegen bei dem größten Teil der Angeklagten ein Vergehen gegen § 12 des Gesetzes über den unzulässigen Wettbewerb als vorliegend an. Die Angeklagten Borchardt, Riedl, Steinhilber, Rinde und Wilhelm wurden freigesprochen. Dagegen wurden wegen Verleugern des Beamtenverhältnisses gegen § 12 des Gesetzes des genannten Gesetzes eine Anzahl Angeklagter zu Geldstrafen von 100 bis 5000 Mark verurteilt. Bei einer Reihe von Angeklagten wurde ein Teil der Strafe als durch die Unterlassungspflicht verbüßt erklärt. Die Strafbefehle wurden dem Senat für verfallen erklärt.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß an der Spitze der „Wauwil“-Leute gestanden hätten, die weder launmännlich noch moralisch der Sache gewidmet waren und durch den Verleugern in ihrer Geltungen hineinragte nicht worden seien. Das Gericht hat bei den Angeklagten der „Wauwil“-Beamtenbeziehung als nicht einwandfrei nachgewiesen angesehen. Deshalb habe auch die Anklage der Untreue fallen müssen. Das Gericht hat jedoch keinen Zweifel, daß die Mehrheit in unehrenhaftem, in der Weise der Verleugern in der Sache, die Automobile haben die Zahlungen geleistet, um Begehung der ihren Konkurrenten zu erlangen.

## Der Breslauer Barmarkandal.

Nachdem eine halbe Million veruntreut. Mit den Kassenuntersuchungen des Breslauer Oberstadtschreibers A. Wenzel über die bei der Stadtkassenuntersuchung ermittelte, es wurde festgestellt, daß die Verrechnungen bereits im Januar 1920 begannen und daß über 476 000 Mark veruntreut wurden, von denen etwa 150 000 Mark geteilt werden konnten. Die Beträge wären, wie der Stadtkassenführer ausführt, niemals möglich gewesen, wenn der Stadtkassenführer auch nur einigermaßen bei dem Nachsicht erlassenen Bestimmungen befolgt worden wären. Die Amtsbelegen des Oberstadtschreibers Wenzel lauten über die Verrechnungen teilweise zu, daß sie von ihm größere Darlehen erhalten hätten. Die Stadtkassenordnungen beschließen die Einsetzung eines Untersuchungskomitees, der gegen alle beteiligten Beamten und Amtsstellen vorgehen soll.

## Glückliche Heimkehr der „Budau“.

Cuxhaven, 27. Febr. Das Motorboot „Budau“ ist heute nachmittags 2 Uhr hier eingetroffen. Am Sonnabend nachmittag wird das Schiff im Hamburger Hafen erwartet. An Bord ist alles wohl.

## Der Onkel aus Amerika.

Seit einiger Zeit hielt sich in den Dörfern Mülla und Roslowa bei Marienbad (Böhmen) ein Mann auf, der erzählte, er sei als millionenreicher Junggeselle aus Amerika nach Marienbad gekommen, wo er nun Wollensbühler sei. Er wolle nun auch einige Bauernhöfe kaufen. Der „Millionär“ ließ sich bei Gutsbesitzern längere Zeit beherbergen, bestellte Geldbesuche und kaufte schließlich das schönste Bauerngut in Roslowa für 500 000 tschechische Kronen und am nächsten Tage ein Gut in Mülla für 54 000 Kronen. Anzählungen zeigten er nicht, wohl aber gab er den Gutsbesitzern in beiden Dörfern je einen Betrag für Preisbriefe, wie dies in den genannten Dörfern bei Kaufschlüssen üblich ist. Das Geld hatte er für ein Raub gestiftet, das er aus dem Stalle eines der neuwertigsten Anwesen entnommen hatte. Dann sorgte er sich von einem der Bauern noch einen Geldbetrag zur Rückreise nach Marienbad — und ist seither spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen nach ihm waren bis heute vergeblich.

## In Seenot.

London, 28. Februar. Nach Meldungen aus Hull haben während der letzten Stürme in den Fiskalergemeinden Islands 84 Seeleute ihr Leben eingebüßt. — Der Sturm, der an den vier letzten Tagen an der britischen Küste herrschte, wurde gefolgt wieder härter und verursachte bedeutende Schäden, namentlich am Kanal. Zwei Menschenleben sind zu beklagen.

London, 28. Februar. Der Dampfer der Canadian Pacific-Line „Mont Laurier“ (1100 Tonnen), der mit 422 Passagieren an Bord wegen Beschädigung des Steuers zuverrückte, ist im Eingang des Hafens von God auf Grund geraten.

## 23 Personen verbrannt.

Nach einer Meldung aus Alajabad (Indien) ist auf der Straße von Schajapur nach Baranpur ein Auto mit 23 Passagieren in Folge Verstoßens einer Bremse auf eine Böschung aufgelaufen und umgekippt. Der Fahrgastbesitzer geriet in Brand, und 23 Personen des Autos, die durch die Schwere des Wagens zu Boden gedrückt worden waren, verbrannten bei lebendem Leibe.

# Immer wieder: „Ich weiß von nichts!“

## Weitere Vernehmungen im Tschekaprozess.

In der Sitzung wird zunächst ein Brief vorgelesen, den der Angeklagte H u f e nach seiner Vernehmung an den Untersuchungsrichter geschrieben hat, und in dem er seine Aussagen als ihm vorgehaltene Aussagen Neumanns bezeichnet und sie juristisch kritisiert. Es wird festgestellt, daß trotzdem keine neue Vernehmung festzusetzen habe. Hierauf wird der Angeklagte M a g e r vernommen. Er ist seit 1922 in der Zentrale tätig gewesen, zunächst in der Expedition, dann in der Waffenabteilung unter dem Reichsamtseifer, dem Reichsamtseifer P a j f i n in Zella-Mehlis, der den Decknamen Winkler führte. Er betrieelt aber, selbst Waffenleiter für Berlin gewesen zu sein. Das Amt des Berliner Waffenleiters sei mit dem des Reichsamtseifers verbunden worden. Im Auftrag H a f f s sei er mit Grenz nach Hamburg gefahren,

um von dort zuerst 32 und dann 4 Kisten mit Waffen und Munition nach Berlin zu verladen,

und zwar als Stahlwaren. Wo die Waffen herkommen, wisse er nicht. Wie der Waffenleiters erklärt, stammten sie aus Thüringen und sollten zunächst beim H a m b u r g e r P u t z l i n und nach dessen Scheitern in Berlin in Verwendung finden. Der Angeklagte sagt weiter aus, daß der Angeklagte K u h l s, der sein ständiger Verbindungsmann gewesen sein soll, lediglich gelegentlich Potentienbescheid habe und nicht einmündig gewesen sei. Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden, daß sie regelmäßig zusammen in der russischen Handelsmission gewesen hätten, erklärt der Angeklagte, daß dort eine Kammer gewesen sei, in der neben den zahlreichen deutschen Angehörigen der Handelsmission auch Außenstehende sowie die Angestellten der Bistoria-Verwaltung gewesen hätten. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung bekennt der Angeklagte M a g e r, an der Unterbringung der Waffenlager in Berlin beteiligt gewesen zu sein. Waffenangelegenheiten habe er stets an P l a f f weitergegeben, der dann die Übermittlung der Waffen veranlaßt habe. Davon, daß Kaufs erledigt werden sollte, habe er nichts gewußt. Die Partei erkannte den individuellen Fehler als Kammittel nicht an. Er selbst müde, wenn die Partei sich dem individuellen Fehler zuwenden sollte, automatisch aus derselben auscheiden. Neumann erwidert mit einer Erklärung, daß der

Individualektor ebenso wie die Partisanen und militärischen Organisationen zu den illegalen Kampfmitteln der Partei gehörten,

die im kommunistischen Programm nicht festgelegt seien. Die politische Leitung sei mit der Bildung seiner Gruppe einverstanden gewesen und habe sie unterstützt, u. a. Ruth Fischer und Brandler. Mager sagte weiter, er habe nicht gewußt, daß Kaufs von Neumann erschossen worden sei. Neumann gibt auch zu, daß seine frühere darauf bezügliche Aussage nur Schlussfolgerung war. Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung werden die Angeklagten K u h l s, H a l l u p und J a n o s vernommen. K u h l s erklärt zur Verneinung, die Mager leitete die Gruppe beizugehen zu haben. Dieser habe ihm aber niemals über seine Tätigkeit aufgeklärt, sondern lediglich gesagt, es handle sich darum, die Verbindung in der Partei ausrecht zu erhalten, um ihren Verfall während des Verbots zu verhindern. Der Angeklagte H a l l u p, von Beruf Mediziner, ist seit einigen Jahren literarisch tätig. Er gründete die proletarische Spielgemeinschaft mit dem Büro in seiner Wohnung und schrieb für diese Zeitschrift. Davon, daß in seiner Wohnung auch das Bureau des Zentral-Kollektivkomitees und das Bureau der W. A. B. G. untergebracht gewesen seien, will der Angeklagte nichts wissen. Ein Paket mit belastenden Schriftstücken, das in seinem Schlafzimmer versteckt aufgefunden wurde, erklärt der Angeklagte nicht zu kennen.

## Es handelt sich um einen Schurkenstreich gegen ihn!

Die Papiere seien durch einen Lockspiegel in seine Wohnung geschickt worden.

Er um an erklärt dazu, er habe die Räume ausdrücklich für Parteizwecke gemietet, es sei aber möglich, daß Hallup über die Art der Tätigkeit nicht unterrichtet war. Der Umst. untergebracht gewesen sein, will der Angeklagte nicht wissen. Ein Paket mit belastenden Schriftstücken, das in seinem Schlafzimmer versteckt aufgefunden wurde, erklärt der Angeklagte nicht zu kennen.

## Kein Preisrätsel, sondern

### Hörschische Propaganda!

In den Abteilen 1 und 2. Klasse der Hörschischen Eisenbahn befinden sich seit einiger Zeit Propaganda-Broschüren, die den Feinden des tschechoslowakischen Kurort und Sportplatz empfehlen. Da es im tschechischen Gebiet nur sehr wenige schöne Gegenden und Kurorte gibt, muß man notgedrungen die tschechoslowakischen Plätze anpreisen. Um nun aber darüber hinwegzulaufen, daß es die altbekannten deutschen Kur- und Ausflugsorte sind, die hier empfohlen werden, findet der Reisende beispielsweise folgende hübsche Rätselangebote: „Eines der schönsten Gebirge der Tschechoslowakischen Republik ist der Arkonos. Er hat in der Erzgebirgslandschaft die höchste Erhebung. Der Arkonos entspringt die Laab, nach der der tschechische Brda.“ — und so geht es weiter. Und fragt man nach der Lösung dieses Rätsels, was man wohl die Antwort sein? Es wird hier erzählt vom ersten deutschen Riesengebirge, von der Schneefuppe, von der Elbe, von Hohenstein und von der Wolfener Baube. Glauben die Herren Tschechen wirklich, daß diese Sammlung unverständlicher und unappetitlicher Worte irgendwelchen Eindruck auf die Reisenden machen wird, die eben doch nur ein deutsches Riesengebirge kennen?

## 17 Tage lebend in der Felsenfalle.

Nach langem ununterbrochenen Arbeit ist es Rettungsangestellten gelungen, in das Felsenlaboratorium von Cave-City einzudringen, wo wie wir schon kurz meldeten, der Amerikaner Lloyd Collins seit 17 Tagen hilflos unter einem Felsstück eingeklemmt lag. Sie kamen zu spät; Collins war zwei Tage vorher an Erschöpfung gestorben. Dem 35jährigen Führer der Steinhöhlen von Cave-City in Kentucky fiel, wie jetzt berichtet wird, bei einer Erkundungstour ein Felsstück auf den Fuß und drückte ihn in einer ganz engen Spalte der Höhle fest, während andere Felsstücke gleichzeitig den Höhlenzugang verblockten. Die Rettungsangestellten arbeiteten Tage und Nächte mit Wägel und Hebelapparaten; es gelang ihnen auch, einen kleinen Tunnel zu graben durch den Kraben von langsamem Wuchs zu Collins hindurch konnten. Collins hielt in seiner furchtbaren Lage hängenbleiben aus.

Zuletzt, als ihm klar wurde, wie langsam seine Rettung vorrückte, hat er, ein Sell um seinen Körper zu schlingen, und ihn herausziehen, auch wenn sein Fuß dabei abgerissen würde. Eine ungeheure Menschenmenge harzte vor dem Eingang der Höhle auf den Ausgang des Rettungsunternehmens. Von überall her waren tausende Menschen und

fontigere Gerüst zur Verfügung gestellt. Ein unbekannter Chicagoer Bürger schickte im Flugzeug den berühmten Chirurgen William Hayslet; für den Fall, daß es nötig werden sollte, Collins Bein zu amputieren. Da Lloyd Collins gleichzeitig Führer und Helfer der Höhle war, in welcher er verunglückte, hielt man in der ersten Zeit nach dem Unfall nur für einen Mysterium, durch den er seine Höhle, die nicht so leicht war wie die daneben liegende Mammut-Höhle, bestimt machen wollte.

## Amerika plant Groß-Zeppeline.

Wie bereits gemeldet, hat der Leiter des staatlichen Bureaus der Zeppelwerke, Dr. Amelin, den Auftrag erhalten, für die amerikanische Regierung ein Luftschiff zu erbauen, das etwa doppelt so groß werden soll, wie der abgeleitete Z. R. 3 und das den Passagierverkehr zwischen England und Amerika in regelmäßigen Abständen durchzuführen soll. Die Meldung übertrifft kaum, da die amerikanische Regierung von vornherein auf dem Standpunkt stand, daß die deutschen Startluftschiffe für den Passagierdienst über See nach dem Ergebnis des Weltkrieges ganz besonders geeignet seien. Schon im Frühjahr 1924, als die letzte „Los Angeles“ auf der Friedrichshafenener Fahrt sich ihrer Festsitzung näherte, haben nach dieser Richtung hin Verhandlungen stattgefunden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch das zweite Startluftschiff, das allerdings nicht in Deutschland, sondern auf der neu erbauten West der amerikanischen Schiffgesellschaft in Arzon erbaut werden soll, nur als Vorläufer einer Serie von Startluftschiffen zu betrachten ist.

In Friedrichshafen wird der Standpunkt vertreten, daß tatsächlich der Erbauung eines Startluftschiffes von doppelter Größe der „Los Angeles“ nichts im Wege stehen dürfte, die Mehrzahl der Passagiere jedoch befristet, da man aus mangelnden Gründen nicht die Zahl der einbauenden Motoren vergrößern, sondern Maschinen von 8-900 PS. einbauen will. Dieser Höchstleistung nach dürfte die Aufgabe wiederum dem Maschinenbureau zufallen, deren Konstruktionsbureau sich theoretisch mit dieser Aufgabe bereits beschäftigt haben. Der Kaufmann des Startluftschiffes würde daran bestehen, daß trotz der vergrößerten Motoranlage die Zahl der Maschinen und Aggregate zur Bedienung des Startluftschiffes nicht wesentlich erhöhen würde und daß infolgedessen das Startluftschiff etwa 60-80 Passagiere in bequemen Kabinen unterkunftsmöglichkeit bieten würde.

Erfahrung, 27. Februar. Es verlautet, daß die „Los Angeles“ ihrer transatlantischen Flug nach England zwischen dem 20. Mai und 20. Juni unternommen wird. Sie wird dabei wiederum Post an Bord nehmen. Das Startluftschiff „Petosa“ wird auf halbem Wege stationiert werden, um im Notfall die „Los Angeles“ mit Brennstoff zu versorgen.

## Die feldzugslustige Millionärsgattin.

Mrs. Jessy Sublong ist, wie aus New York gemeldet wird, mit einem Millionäre verheiratet, aber sie will sich unbedingt wieder scheiden lassen. Nun weigert sich aber Herr Sublong und will unter keinen Umständen seine Einwilligung zu der Scheidung geben. Seit fünf Tagen ist nun Frau Sublong die Freude künftiger Berichterstattung von New York, denn sie hat sich in eines der Zimmer in dem eleganten Hause ihres Gatten eingeschlossen und ist in den Hungerstreik getreten, weil sie sogar dem Hungerstreik eines Weiteren in der Ehe nachgeben will. Der streikenden Gatten vorzuziehen. Der Gatte hat sich nun in seiner Verzweiflung an die Polizei und an die Gerichte gewendet, damit der rentieren Frau gewaltsam Rettung zugeführt werde. Man darf auf den Ausgang dieses Zweikampfes gespannt sein.

Eindring bei einem Berliner Regierungsrat. Bei dem Regierungsrat Wilschlag in der Wilhelmstraße in Berlin wurde ein Wohnungseinbruch verübt. Als der Regierungsrat zwischen 7 und 8 Uhr abends seine Wohnung verlassen wollte, fand er die Tür von innen verbarrikadiert und mußte sie gewaltsam öffnen lassen. In der Wohnung trette er sofort, daß Eindringler am Werke gewesen waren, da eine Kassette mit Wertgegenständen in Höhe von 30 000 Mark fehlte.

Maschierte Räuber. Donnerstag abend gegen 7 Uhr erschienen in der Stadtneumeyer Biermaße zwei vollständig maschierte Männer und überfielen den im Büro beschäftigten Assistenten Rudolf Jint, festhielten ihn, steckten ihm einen Ankel in den Mund und raubten ihm dann vollkommen aus, wobei ihnen das Monatsgehalt des Assistenten im Betrag von etwa 200 Mark in die Hände fiel. Sodann gab einer der Räuber auf den Lebensfaktoren einen Schuß ab. Die Täter sind unerkannt entkommen. Jint, der schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurde, ist in das Kranenhaus überführt worden.

Tanz und Tod. In Koborn bei Gohlson (Böhmen) beging die Gattin des Müllers Wenzel Accour eine schreckliche Tat. Während der Müllerei einer Tanzunterhaltung in der Wappkapelle mitwirkte, warf die Frau ihre zwei Kinder in einen tiefen Brunnen und sprang dann selbst nach. Die drei wurden, als der Müllers heimkehrte, als Leichen geborgen. Was die Mutter zu diesem Verwundungsschritte getrieben hat, ist unbekannt.



